

ZEW Konjunkturreport

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Jahrgang 4 · Nr. 3 · September 2001

Konjunktur in Deutschland: Besserung im Jahr 2002

Nach den erheblichen Fehleinschätzungen der konjunkturellen Entwicklung für 2001 und den darauf folgenden Revisionen erwarten die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute unisono eine Belebung im kommenden Jahr. Mit einem Anstieg des BIP zwischen 2,2 und 2,3 v.H. fasst die deutsche Volkswirtschaft wieder Fuß.

■ Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird im kommenden Jahr mit etwa 2,2 - 2,3 v.H. wieder stärker steigen als es für das laufende Jahr erwartet wird, der Preisanstieg wird sich deutlich verlangsamen und die Beschäftigung wird um etwa 0,4 v.H. gegenüber 2001 zunehmen – dies sind die guten Nachrichten aus den neuesten Prognosen für das Jahr 2002. Weniger günstig sieht demgegenüber die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen aus, die sich zwischen 3,6 und 3,8 Millionen einpendeln wird. Trotz der sich verbessernden konjunkturellen Lage bleibt die Arbeitslosigkeit hoch.

Im Vergleich zum laufenden Jahr wird sich die Konjunktur im Jahr 2002 wieder aufhellen. Einheitlich prognostizieren die sechs Wirtschaftsforschungsinstitute einen Zuwachs des realen BIP von 2,2 - 2,3 v.H., was bedeutet, dass die Volkswirtschaft etwas stärker wachsen wird als im Durchschnitt der neunziger Jahre. Für diese Einschätzung sprechen auch die aktuellsten Werte des ZEW-Finanzmarkttests und des ifo-Geschäftsklima-Index sowie die nach wie vor gute konjunkturelle Situation in der Automobilindustrie als eine der Schlüsselindustrien der deutschen Volkswirtschaft.

Im Vergleich zu den zu Beginn des Jahres 2001 publizierten Prognosen von etwa 2,7 - 2,8 v.H. für das BIP für das laufende Jahr fallen die Erwartungen nach den Revisionen jedoch deutlich verhaltener für das kommende Jahr aus. Allerdings beurteilen die einzelnen Forschungsinstitute die Dynamik unterschiedlich. Während das DIW und das IWH für das laufende Jahr von einem Zuwachs des BIP von nur noch 1 v.H. ausgehen, erwartet das RWI immerhin noch einen Anstieg von 1,5 v.H. Da die Forschungsinstitute aber eine Erhöhung des BIP von 2,2 - 2,3 v.H. für das kommende Jahr erwarten, schätzt das DIW die Dynamik der Wirtschaft in den nächsten Monaten höher (mehr als doppelt so stark) ein als zum Beispiel das HWWA (DIW: Anstieg um 1,3 Prozentpunkte, HWWA: Anstieg um 0,6 Prozentpunkte).

Tabelle 1: Prognosen für 2002

	IfW 2002	RWI 2002	IWH 2002	ifo 2002	DIW 2002	HWWA 2002
BIP, real	2,2	2,3	2 ^{1/4}	2,2	2,3	2,3
– Privater Konsum	2,2	2,3	2,1	2,0	2,1	2,1
– Konsumausgaben Staat	0,8	0,9	1,3	0,9	0,9	1,4
– Bruttoanlageinvestitionen	2,3	3,8	1,9	2,4	2,6	1,5
– Exporte	5,5	6,8	5,4	6,4	5,3	4,4
– Importe	5,8	6,9	3,5	6,3	4,9	4,2
Erwerbstätige	0,4	0,7	0,2	0,3	0,4	0,3
	38.853	39.040	38.841	38.815	38.881	–
Arbeitslose	3.749	3.620	3.605	3.817	3.766	3.800
Arbeitslosenquote	8,8	8,5	9,0	8,9	8,8	8,9
Preisindex der Lebenshaltung	1,5	1,6	1,6	1,75	1,5	1,5

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen alle Angaben als prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr. IfW: Die Weltwirtschaft 2/2001; DIW: DIW-Wochenbericht 28-29-01; IWH: Pressemitteilung vom 3.9.2001; RWI: RWI-Konjunkturberichte 52/2001, Heft 1, ifo: <http://www.ifo.de>; Juli 2001; HWWA: Pressemitteilung vom 10.9.2001. Stand: 10.9.2001

In dieser Ausgabe

Konjunktur in Deutschland: Besserung im Jahr 2002	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU ...	3
ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Umfrage im August 2001	4
Was können Konjunktur- prognosen leisten?	6
Reformvorschläge der Sozialhilfe	10
Großbritannien: Exportflaute	12

Woher kommt die Belebung?

Von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageseite her gesehen kommen der private Konsum, die Anlageinvestitionen und / oder die Exporte (bzw. genauer: der Außenbeitrag) als Motor der konjunkturellen Entwicklung in Betracht, wenn man die Konsumausgaben des Staates als weniger relevant ansieht. Betrachtet man zunächst die Prognosen für den privaten Konsum für das kommende Jahr, dann sind die Unterschiede zwischen den Instituten nicht nennenswert; nur das ifo-Institut ist mit 2,0 v.H. etwas zurückhaltender als die anderen Institute. Praktisch sehen somit alle Institute den privaten Konsum als die wichtigste Stütze für die konjunkturelle Entwicklung an. Jenseits der großen Bedeutung, die der Entwicklung des privaten Konsums für die wirtschaftliche Entwicklung zukommt, kann hierin nicht der Grund für die erwartete (unterschiedliche) Dynamik gesehen werden. Größere Diskrepanzen gibt es hingegen bei den Anlageinvestitionen: mit einer Zunahme von 3,8 v.H. für 2002 ist das RWI deutlich optimistischer als die übrigen Institute, deren Prognosen sich zwischen 1,5 (HWWA) und 2,6 v.H. (DIW) bewegen. Der wesentliche Grund für diesen Unterschied liegt in der Bewertung der Bauinvestitionen: während fünf Institute auch für 2002 einen weiteren, wenngleich moderaten, Rückgang der Bauinvestitionen vorhersagen, geht das RWI von einer leichten Belebung aus (+0,6 v.H.). Bei den Ausrüstungen hingegen liegen die Erwartungen für 2002 zwischen 3,1 und

6,4 v.H.; optimistischer wiederum ist das RWI mit 7,1 v.H.

Als letzte Quelle für die unterschiedliche Einschätzung der Dynamik kommen die Exporte bzw. der Außenbeitrag in Frage. Für alle Institute gilt, dass sie von Veränderungsraten für die Ex- und Importe ausgehen, die in vergleichbarer Größenordnung liegen. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Forschungsinstituten: so erwarten zum Beispiel das RWI einen Anstieg der Exporte um 6,8 v.H. gegenüber 4,4 v.H. beim HWWA. Hierin spiegelt sich die nach wie vor bestehende Unsicherheit über die Entwicklung der US-Konjunktur wider. Folgt man den Äußerungen von Greenspan zur jüngsten Zinssenkung um 25 Basispunkte, dann zeigen sich noch keine zuverlässigen Anzeichen für einen erneuten Aufschwung in den USA. Gegen bessere Exportaussichten spricht auch die aktuelle Entwicklung des Wechselkurses US-\$/Euro. Zur Zeit zeigt der Euro deutliche Aufwertungstendenzen gegenüber dem Dollar, und in ihren Rahmenbedingungen halten die Forschungsinstitute einen Wechselkurs von 1:1 im kommenden Jahr für möglich.

Durch den stärkeren Euro wird einerseits der Preisdruck von der Einfuhrseite gedämpft, zum anderen verschlechtert er etwas die Exportchancen, sofern es sich nicht um ausgesprochene Luxusgüter handelt.

Stellt man die Angebotsseite des BIP in den Vordergrund und bedenkt, dass die Prognosen für das BIP für 2002 zwischen 2,2 und 2,3 v.H. liegen, dann soll-

ten auch die Prognosen der Institute über die Beschäftigungsentwicklung in einer vergleichbaren Größenordnung liegen. Ein Blick auf die Prognosen zeigt jedoch Unterschiede bei den Erwerbstätigen in einer Größenordnung von 263.000 Personen auf. Hierbei geht das RWI mit 39.040 Mio. Beschäftigten (+0,7 v.H.) von der günstigsten und das Ifo-Institut mit 38.815 Mio. Beschäftigten (+0,3 v.H.) von einer ungünstigeren Situation aus. Dementsprechend erwartet das RWI mit 3,62 Millionen die wenigsten und das Ifo-Institut mit 3,78 Millionen Personen die höchste Arbeitslosigkeit.

Unterschiedliche Beschäftigungsprognosen

Was an den beiden Beschäftigungsprognosen irritiert, ist, dass das RWI einen Zuwachs vorausschätzt, der mehr als das 2,5-fache der Ifo-Prognose ist und dass beide Institute praktisch von einem gleich großen BIP-Zuwachs ausgehen. Diese Diskrepanz muss sich dann zwangsläufig in unterschiedlichen Voraussagen über das Produktivitätswachstum manifestieren. Und in der Tat erwartet das RWI nur einen Zuwachs der Stundenproduktivität von 1,9 v.H., das Ifo-Institut jedoch einen Anstieg von 2,4 v.H. für 2002. Geht man davon aus, dass die Preissteigerungsrate im kommenden Jahr zwischen 1,5 und 1,8 v.H. liegen wird, dann ergeben sich Lohnerhöhungsspielräume, je nach Prognose, zwischen höchstens 4,2 und 3,7 v.H. ◀

Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de

Tabelle 2: Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2000 und 2001

	Statist.BA		GD	IfW	RWI	IWH	Ifo	DIW	HWWA	DB	CommBank
	2000	2001/1. Hj.	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001	2001
BIP, real	3,0	1,0	2,1	1,3	1,5	1,0	1,2	1,0	1,1	0,9	1,0
– Privater Verbrauch	1,5	1,1	2,2	1,0	1,5	1,5	1,0	1,0	1,9	0,7	2,0
– Konsumausgaben des Staates	1,2	1,4	0,8	0,6	0,8	1,2	0,8	0,8	1,2	0,9	1,3
– Bruttoanlageinvestitionen	2,3	-2,3	1,4	-0,3	0,1	-2,6	-0,1	-1,4	-2,4	-0,6	-2,5
– Exporte	13,2	7,8	10,1	5,7	6,1	5,4	5,1	5,5	4,8	5,1	5,5
– Importe	10,0	5,5	10,0	3,8	5,5	3,5	3,9	4,3	3,0	3,9	3,5
Erwerbstätige	1,5	0,4	0,9	0,4	0,7	0,7	0,4	0,5	0,1	0,3	0,5
	38.530	38.506	38.870	38.702	38.750	38.752	38.695	38.708	–	–	38.800
Arbeitslose	3.889	3.914	3.695	3.814	3.790	3.817	3.830	3.823	3.840	–	3.900
Arbeitslosenquote	9,6	9,5	8,7	9,0	8,9	9,0	9,0	9,0	9,0	9,3	8,7
Preisindex der Lebenshaltung	1,9	2,8	2,1	2,4	2,5	2,6	2,75	2,7	2,5	2,6	2,6

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen alle Angaben als prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr. GD: Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute 2001; IfW: Die Weltwirtschaft 2/2001; DIW: DIW-Wochenbericht 28-29-01; IWH: Pressemitteilung vom 3.9.2001; RWI: RWI-Konjunkturberichte 52/2001, Heft 1; ifo: Juli 01; HWWA: Pressemitteilung vom 10.9.2001; Deutsche Bank: August 2001; Commerzbank: September 2001. Stand: 10.9.2001

Die voraussichtliche Lage in der EWU

■ Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum hat sich deutlich abgeschwächt, der kräftige Aufschwung des vergangenen Jahres ist eingebrochen. Dies ist vor allem auf die schwächere Binnennachfrage zurückzuführen: Die privaten Konsumausgaben nahmen in geringerem Ausmaß zu als erwartet, teilweise weil die von den Steuersenkungen in einigen Ländern erwünschten Effekte auf eine Ausweitung des privaten Konsums ausblieben, teilweise infolge höherer Ölpreise. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen verlor aufgrund veränderter Produktionserwartungen deutlich an Dynamik. Der Rückgang der Binnennachfrage schlug sich zudem in einer schwächeren Importnachfrage nieder. Die Veränderungsraten im Export nahmen infolge der ungünstigeren weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ebenfalls ab.

Die Arbeitslosenquote lag in der EWU im Juli bei 8,3 v.H., dem niedrigsten Wert seit 10 Jahren. Zwar schritt der Abbau der Arbeitslosigkeit weiter voran, er hat sich aber im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich verlangsamt. Die Beschäftigung ist weiterhin

angestiegen, wobei der Zuwachs geringer ausfiel als in den vorangegangenen Quartalen.

Der Beschäftigungsaufbau wird in diesem sowie im kommenden Jahr nur niedrig ausfallen. Die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt geringfügig auf voraussichtlich 8,4 v.H. in diesem und 8,2 v.H. im nächsten Jahr sinken, was jedoch primär auf demografische Effekte zurückzuführen ist. Um langfristige Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen und die Arbeitslosigkeit abzubauen, sind strukturelle Reformen weiterhin unbedingt erforderlich.

Gegenwärtige Umfragewerte unterstreichen die Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung. Der aktuelle Saldo der ZEW-Konjunkturerwartungen in Höhe von 12,2 Prozentpunkten (August) deutet allerdings darauf hin, dass sich die konjunkturellen Aussichten in sechs Monaten wieder bessern könnten. Dieser aufkommende Optimismus wird von der Erwartung sinkender Leitzinsen getragen.

Für das Jahr 2002 erwarten die Konjunkturforscher denn auch eine klare Verbesserung der konjunkturellen Lage: In

den aktuellen Prognosen liegt der Median für die Veränderungsrate des realen BIP für das kommende Jahr bei 2,4 v.H. Die Hoffnungen beruhen zum einen auf einer zunehmenden Investitionstätigkeit infolge günstigerer Finanzierungsbedingungen, zum anderen auf den Effekten einer günstigeren weltwirtschaftlichen Situation. Diese Erholung der Weltwirtschaft hängt jedoch maßgeblich von der weiteren konjunkturellen Entwicklung in den USA ab, für welche die aktuellen Prognosen zwar erneut nach unten revidiert wurden, aber weiterhin mit einem zum Jahresende einsetzenden konjunkturellen Aufschwung gerechnet wird.

Im Durchschnitt des laufenden Jahres wird der Anstieg des HVPI voraussichtlich sehr deutlich über 2 v.H. betragen. Rückläufige Ölpreise und eine Normalisierung der Fleischpreise tragen aber zu einer Rückbildung der Preissteigerungsrate bei. Eine weitere Zinssenkung durch die EZB in den kommenden Monaten ist daher aus gegenwärtiger Sicht möglich. Im kommenden Jahr wird die Inflationsrate denn auch bei etwa 2 v.H. liegen. ◀

Daniel Radowski, radowski@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Österreich		Niederlande		Finnland	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
BIP, real	1,7	2,4	2,3	2,5	3,0	3,0	1,7	2,2	2,75	2,75	3,8	4,2
- Privater Verbrauch	1,7	2,1	2,0	2,5	2,5	2,9	1,8	2,0	3,5	4,0	3,5	3,3
- Investitionen	0,6	3,4	3,6	6,2	3,6	4,6	1,3	2,4	2,5	2,25	4,8	6,1
- Exporte } Außenbeitrag*	0,4	0,0	5,7	5,7	8,4	8,1	4,5	5,7	4,0	6,25	5,4	6,9
- Importe }			6,0	8,4	7,5	8,5	4,5	5,0	5,0	6,25	5,7	6,8
Verbraucherpreise	2,6	1,6	2,8	1,9	3,7	3,0	2,6	1,9	4,5	2,5	2,3	1,5
Arbeitslosenquote	8,4	8,2	9,8	9,6	12,9	12,6	3,6	3,6	3,25	3,25	9,1	8,3
Beschäftigung	1,3	0,8	-	-	2,3	2,0	0,4	0,5	2,0	1,25	2,3	1,5

	Belgien		Irland		Frankreich		Portugal		Griechenland		nachrichtl. GB	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
BIP, real	2,3	2,6	7,0	6,4	2,9	3,2	2,6	2,8	4,6	4,4	2,1	2,5
- Privater Verbrauch	2,4	2,7	7,4	7,0	2,8	3,4	2,1	2,4	3,0	3,2	2,6	2,1
- Investitionen	3,2	3,7	3,9	6,3	5,6	4,6	6,0	5,3	10,0	9,7	2,9	4,5
- Exporte	4,3	6,6	11,5	8,8	10,0	7,6	7,7	8,1	11,9	9,0	4,7	3,3
- Importe	4,7	6,6	10,7	9,2	11,6	8,1	7,0	7,5	7,8	7,7	6,0	4,0
Verbraucherpreise	2,2	1,5	4,8	3,8	1,2	1,5	3,7	3,3	2,6	2,5	2,0	2,3
Arbeitslosenquote	7,9	7,6	3,6	3,5	8,3	7,6	4,1	4,2	10,4	10,0	5,1	5,2
Beschäftigung	0,9	0,8	3,2	1,9	2,0	1,4	1,0	1,6	1,2	1,4	0,4	-0,1

Angaben in v.H. gegenüber dem Vorjahr. Ausnahme: Arbeitslosenquote.

* Außenbeitrag in v.H. des BIP

Quellen: EWU: IfW Kiel, September 2001; Österreich: Wifo, Wien; Spanien: La Caixa, Barcelona; Belgien: IRES, Brüssel; Niederlande: CPB Report 2001/2, Den Haag; Finnland: ETLA 2001/2, Beschäftigung: Tilastokeskus, Helsinki; Prognose: Labour Institute, Helsinki; Frankreich: OFCE, Paris; Irland: ESRI, Dublin; Italien: Prometeia, Rom; Portugal: OECD, Paris; Griechenland: OECD, Paris; Großbritannien: NIESR, London.

ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Umfrage im August 2001

■ Der ZEW-Finanzmarkttest ist eine seit Dezember 1991 durchgeführte Umfrage, in der monatlich die im deutschen Finanzbereich vorherrschenden Erwartungen über die Entwicklung an sechs internationalen Finanzmärkten erhoben werden. Insgesamt beteiligen sich rund 350 Analysten an dieser Umfrage, darunter etwa 270 aus Banken und Kapitalanlagegesellschaften, 50 aus Versicherungen und 30 aus Industrieunternehmen. Angespro-

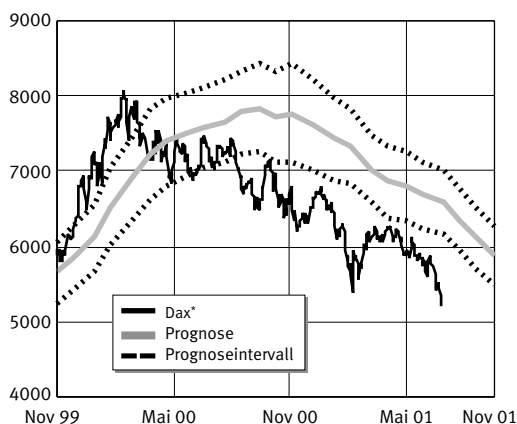
chen werden die Finanzexperten der Finanz- und Researchabteilungen sowie der volkswirtschaftlichen Abteilungen und die Anlage- und Wertpapierabteilungen dieser Unternehmen. Im einzelnen werden die Finanzmarktexperten nach ihren mittelfristigen Erwartungen befragt, die sie für wichtige internationale Finanzmärkte hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristigen Zinsen, der Aktien- und der

Wechselkurse sowie der Branchen haben. Auf den folgenden beiden Seiten werden die wichtigsten Ergebnisse der aktuellen Umfrage, die vom 30. Juli bis 24. August 2001 durchgeführt wurde, dargestellt. Weitere Informationen zum ZEW-Finanzmarkttest sind in Form einer Kurzinformation und des aktuellen ZEW-Finanzmarktreports für September 2001 erhältlich. ◀

Felix Hüfner, huefner@zew.de
Volker Kleff, kleff@zew.de

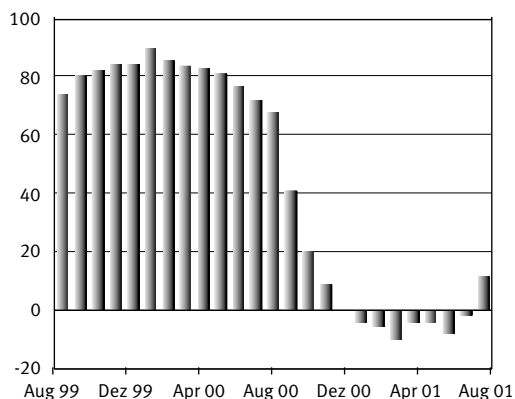
Euroraum: Umschwung der Konjunktur

Dax: Entwicklung und Prognose



* Quelle: Thomson Financial Datastream; ZEW

Konjunkturerwartungen Deutschland



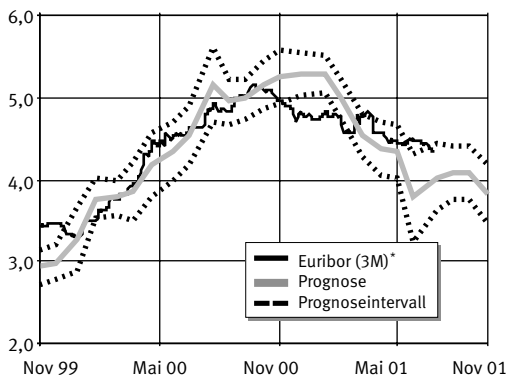
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturlage in Deutschland in sechs Monaten. Quelle: ZEW

■ Nach den schlechten Konjunkturaussichten, die in letzter Zeit die Stimmung an den Märkten und in den Medien geprägt haben, stellt sich für die Börsianer die Frage, wann der Tiefpunkt der Konjunktur erreicht ist. Historisch gesehen dient die Börse als eine Art Frühindikator, denn sie spiegelt die zukünftige Wirtschaftslage mit einem Vorlauf von etwa einem halben Jahr wider. Insofern sollten die Aktienmärkte also beginnen, sich zu beleben, wenn es um die Konjunktur schlecht bestellt ist. Vor allem vor diesem Hintergrund ist der deutliche Anstieg der Konjunkturerwartungen für Deutschland in diesem Monat zu sehen. So drehte der Saldo zwischen Optimisten und Pessimisten von -1,9 Punkten im Vormonat auf über elf im August. Die Anzahl derjenigen, die an eine konjunkturelle Besserung im nächsten halben Jahr glauben, übersteigt damit die der Skeptiker. Bereits in den Vormonaten hatte sich der Saldo auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die jüngsten Zahlen des ifo-Indexes weisen in diesem Monat ebenfalls erstmals einen leichten Anstieg auf. Sollte sich dieser positive Trend in den Frühindikatoren bestätigen, worauf die Konjunkturerwartungen aus dem ZEW-Finanzmarkttest hindeuten, könnte dies den Aktienkur-

sen im Euroraum Auftrieb geben. Freilich ist derzeit noch kein schneller Stimmungsumschwung der Börsianer zu erkennen. Immerhin glauben aber weiterhin 67 v.H. der Befragten an steigende Kurse auf Sicht der nächsten drei Monate – das sind mehr als für den japanischen oder den US-Markt. Vor einigen Monaten lag der Anteil der Optimisten allerdings noch bei über 80 v.H. Der Aktienindex Euro Stoxx 50 sollte den Prognosen zufolge von seinem derzeitigen Niveau aus bis knapp 4.200 Punkte auf Sicht von drei Monaten steigen können. Der DAX wird nach Ansicht der Finanzanalysten die Marke von 5.900 Punkten bis November anpeilen. Die Auswahl der richtigen Branche erscheint in diesen schwierigen Börsenzeiten besonders wichtig. Ein Blick auf die Erwartungen der Experten zeigt, dass die Banken seit Monaten schlechter beurteilt werden. Knapp die Hälfte der Befragten erwartet hier eine Verschlechterung der Ertragslage im nächsten halben Jahr. Offenbar werden die Auswirkungen der schwachen Kapitalmarktsituation auf die Gewinne vorweggenommen. Die jüngsten Halbjahresergebnisse haben schon erste Spuren in den Bankergebnissen offengelegt. Als relativ krisensicher werden dagegen die Versorger betrachtet. ◀

Euroraum: Erholung des Euro erlaubt Zinssenkung

Geldmarkt: Entwicklung und Prognose



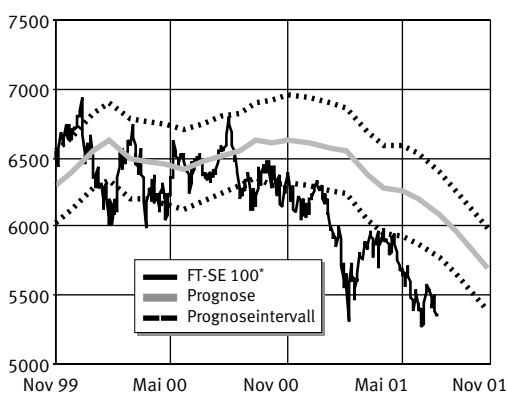
Quelle: * Thomson Financial Datastream; ZEW

■ Seit zwei Monaten befindet sich der Euro im Aufwärtstrend. Gleichzeitig hat das Lager der Optimisten weiteren Zulauf erhalten. Zwei Drittel der Befragten rechnen mit einer weiteren Euro-Aufwertung. Dieser Stimmungswechsel an den Devisenmärkten dürfte im EZB-Rat zu einem wachsenden Handlungsspielraum führen. Die Prognose für den 3-Monats-Euribor beträgt 3,8 v.H. für den November. Diese Entwicklung wäre kompatibel mit einer Leitzinssenkung um 50 Basispunkte. Dass die ungünstigen Zahlen zum Geldmengenwachstum den

Experten gegenwärtig so wenig Sorgen bereiten, dürfte nicht nur an statistischen Sonderfaktoren, sondern auch an der Konjunkturschätzung liegen. Die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in der Eurozone hat sich weiter kräftig verschlechtert. Sie wird bereits von einem Drittel der Befragten als schlecht eingeschätzt. Offenbar glauben die Experten, dass am Ende im EZB-Rat die Faktoren Konjunkturschwäche, Eurostärke und Inflationsrückgang schwerer wiegen werden als das hohe Geldmengenwachstum. ◀

Großbritannien: Ungünstigere Aussichten für Aktien

FT-SE 100: Entwicklung und Prognose



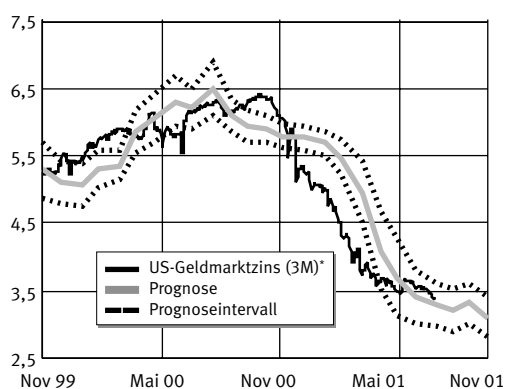
Quelle: * Thomson Financial Datastream; ZEW

■ Noch wird die derzeitige konjunkturelle Situation in Großbritannien besser beurteilt als auf dem europäischen Kontinent. Wie die Erwartungen der Finanzmarktbeobachter zeigen, holt aber möglicherweise Kontinentaleuropa jetzt auf. Denn während die Experten vorsichtig optimistisch für eine konjunkturelle Trendwende in den Euroländern sind, sieht man in Großbritannien keine konjunkturelle Verbesserung. Diese Aussichten spiegeln sich auch in den Erwartungen für den britischen Aktienmarkt wider. Nur noch gut die

Hälfte der befragten Experten sehen den Aktienindex FT-SE 100 mittelfristig steigen. Prognostiziert wird jetzt lediglich ein Niveau von 5.700 Punkten auf Sicht von drei Monaten. Die Erwartung sinkender kurzfristiger Zinsen bei fast zwei Dritteln und die Erwartung eines abwertenden Pfunds bei gut zwei Dritteln der befragten institutionellen Anleger scheint die Stimmung für den Aktienmarkt nicht länger verbessern zu können. Mittelfristig rechnet man mit einem Pfundkurs von 0,64 Pfund pro Euro und einem kurzfristigen Zins von 4,7 v.H. ◀

USA: Erwartete Unterstützung durch die Federal Reserve Bank

Geldmarkt: Entwicklung und Prognose



Quelle: * Thomson Financial Datastream; ZEW

■ Knapp drei Viertel der Finanzmarktexperten hatten mit der siebten Leitzinssenkung der Federal Reserve Bank in diesem Jahr um 25 Basispunkte auf 3,5 v.H. gerechnet. Die Analysten rechnen nun bis November mit einem Niveau von 3,1 v.H. für den Drei-Monats-Zins. Diese monetären Impulse dürften neben den Steuersenkungen und den sinkenden Preisen, die sich positiv auf den privaten Konsum auswirken, die Experten in ihrer optimistischen Konjunkturerwartung bestätigen. Rund 58 Prozent rechnen mit einer Verbesserung der wirt-

schaftlichen Situation in den nächsten sechs Monaten. Dieses Vertrauen in die Stärke der amerikanischen Wirtschaft teilt aber wohl nicht länger die Mehrzahl der internationalen Investoren, die zum Ausgleich des US-Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2000 450 Mrd. US-Dollar in den USA anlegten. Die Folge des abnehmenden Vertrauens ist die sich abzeichnende Abwertung des US-Dollars. Damit rechnet auch weiterhin die Mehrheit der befragten institutionellen Anleger, die den Dollar in drei Monaten bei 93 Cent/Euro sehen. ◀

Wissenschaft für die Praxis

Was können Konjunkturprognosen leisten?

Immer mehr Institutionen publizieren in regelmäßigen Abständen Prognosen über die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung, wobei den Vorausschätzungen des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) besondere Beachtung geschenkt wird. In diesem Jahr kam es zu den verschiedenen Veröffentlichungszeitpunkten zu erheblichen Revisionen in den Vorhersagen, die zu der Frage führen: „Was können gesamtwirtschaftliche Prognosen leisten – und was nicht?“.

■ Jeder, der sich berufsmäßig mit Prognosen beschäftigt, weiß, dass er letztlich eine undankbare Aufgabe zu erfüllen hat. Stimmen die Prognosen im großen und ganzen mit der wirtschaftlichen Entwicklung überein, dann spricht kein Mensch über die Prognosen; kommt es zu beträchtlichen Fehleinschätzungen, dann besteht ein erheblicher Rechtfertigungszwang für die Prognostiker. Diese Situation trat zwischen Oktober 2000 und Juni 2001 ein. In diesem Zeitraum wurde die anfängliche BIP-Prognose für Deutschland von etwa 2,7 v.H. im Oktober/November 2000 schrittweise auf 1,2 v.H. (Ifo-Institut) bzw. 1,0 v.H. (DIW) nach unten korrigiert (Datenstand: Aug 2001).

Die Rahmenbedingungen für Prognosen

Gesamtwirtschaftliche Prognosen können nicht alle Eventualitäten erfassen, die sich im Prognosezeitraum ereignen können. Aus diesem Grunde erstellt man sogenannte „status-quo“-Prognosen. D. h., man gibt sich einen Datenkranz vor, dies sind die Annahmen, die

der Prognose zugrunde liegen, und erstellt die Vorhersage unter der Bedingung, dass die Annahmen wie getroffen auch eintreten. Typische Annahmen sind Vorstellungen über die Entwicklung des Euro-US-\$ Wechselkurses, über den Dollarpreis für ein Barrel Rohöl, aber auch über die konjunkturelle Entwicklung in den USA, Asien und Europa. Ändern sich diese Rahmenbedingungen, dann ändert sich damit auch logischerweise die Grundlage, auf der die Prognosen aufbauen. Sind die Änderungen im Datenkranz weniger gravierend, dann werden die Prognosen im allgemeinen nicht revidiert, werden sie als erheblich eingeschätzt, dann kommt es zu Revisionen.

Eines der Argumente, warum es zu den beträchtlichen Revisionen in der BIP-Prognose kam, wurde auf den unerwartet starken negativen Einfluss der gestiegenen Benzinpreise zurückgeführt. Man möchte dieses Argument gerne glauben; Fakt ist aber, dass wir bereits Erfahrungen mit zwei Ölkrisen haben, in denen ebenfalls die Benzinpreise deutlich anzogen. Es ist also beileibe kein neuer Effekt, den einzuschätzen allen Beteiligten schwerfällt. Ein weiteres Argument zur Begründung der Revisionen lautet, dass man den Einfluss der US-Konjunktur auf die deutsche Wirtschaft unterschätzt hat. Auch dieses Argument ist nicht stichhaltig. Nichts hat sich in den letzten zehn Jahren so dramatisch verändert, dass wir nun plötzlich von einer veränderten Abhängigkeit unserer Volks-

Tabelle 2: Inflation-Prognosen für 2001 im Zeitverlauf in v.H.*

Institut/ Datum	Herbst 2000	Jahres- wende	Frühjahr 2001	Sommer 2001
DIW	1,2	1,4		2,7
ifo	1,5	1,5		2,75
IfW	1,7	1,9	2,2	2,8
RWI	1,6	1,7		2,5
IWH	1,3	1,8	2,5	
HWWA	2,0	1,9	2,1	2,6
GD	1,7		2,1	

* Preisindex für die gesamte Lebenshaltung, 1995=100
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v.H.

wirtschaft von den USA ausgehen könnten. Das EWS hat jedenfalls nicht die Exportströme nachhaltig verändert.

Aber auch hier liegt bei vielen Prognostikern eine befremdliche Sicht vor. Zwar ist richtig, dass der europäische Währungsraum von der Größe her mit dem Währungsraum der USA vergleichbar ist, aber es ist falsch davon auszugehen, dass Größe identisch ist mit Homogenität eines Raumes. Im Vergleich zu den USA ist Europa weiterhin eher ein Flickenteppich, wie schon vor der EWU. Schließlich wäre es naheliegend, den Einfluss der US-Wirtschaft deutlich höher zu bewerten, indem sowohl der direkten als auch der indirekten Exportabhängigkeit Deutschlands Rechnung getragen wird. Das dritte Argument für die Revisionen der Prognosen stellt auf die Entwicklung der Bauinvestitionen ab. Hier kam es zu einem erneuten Einbruch, der zu Jahresbeginn nicht abzusehen war. Der Verweis auf die Bauinvestitionen wäre als Argument akzeptabel, wenn nicht schon seit Jahren die Bauwirtschaft in den neuen Ländern von einer heftigen Krise ge-

Tabelle 1: BIP-Prognosen für 2001 im Zeitverlauf in v.H.

Institut/ Datum	Herbst 2000	Jahres- wende	Frühjahr 2001	Sommer 2001
DIW	2,6	2,5		1,0
ifo	2,8	2,5		1,2
IfW	2,7	2,4	2,1	1,3
RWI	3,2	2,8		1,7
IWH	2,9	2,7		1,7
HWWA	2,7	2,7	2,3	1,7
GD	2,7		2,1	

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v.H.

schüttelt würde. Für die alten Bundesländer kann nur bedingt von einem Einbruch bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen die Rede sein. Allerdings ist zu konzedieren, dass die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahr nachgelassen hat. Ob aber diese Entwicklung eine so erhebliche Revision der Prognose des BIP impliziert, scheint zumindest diskussionswürdig.

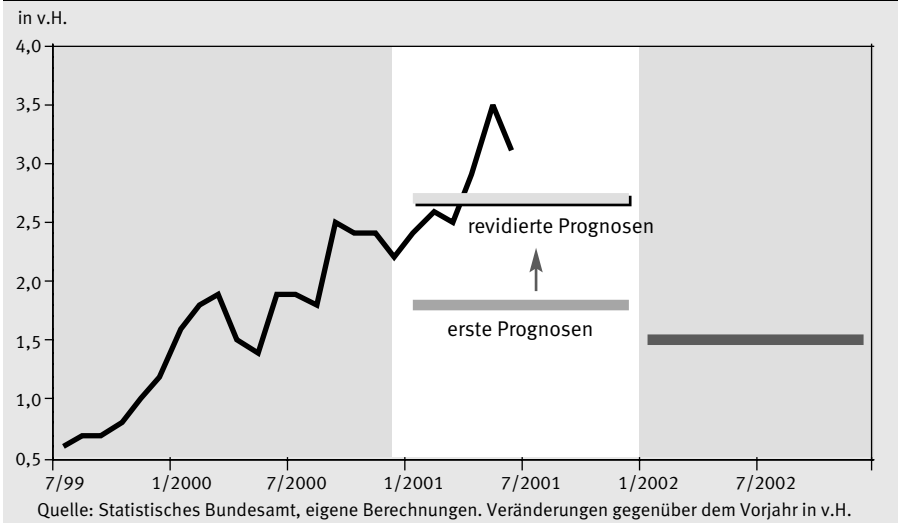
Schließlich noch ein Punkt, der den unbefangenen Lesern von makroökonomischen Prognosen beeindruckt. In der Pressemitteilung des ifo-Instituts zu seiner jüngsten BIP-Prognose von 1,2 v.H. wurde nicht ausgeschlossen, dass die Wirtschaft sich auch in eine Rezession bewegen kann. Für sich genommen ist diese Aussage durchaus vertretbar. Schaut man dann allerdings auf die Prognosen, die bereits für das Jahr 2002 erstellt werden, dann wird das BIP um etwa 2,2 v.H. zunehmen – eine Aussage, die wiederum von den meisten Prognoseanbietern gemacht wird, ohne dass die Gefahr einer Rezession beschworen wird.

Inflationsprognosen überraschen

Ein weiteres Kuriosum betrifft die Prognosen über die Preisveränderung, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung. Seit Juli 1999 zeigt der Index eine deutliche Beschleunigung des Preisauftriebs an: Jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum berechnet betrug die Preissteigerungsrate im Juli 1999 0,6 v.H., im Durchschnitt des Jahres 2000 bereits 1,9 v.H. mit Steigerungsraten deutlich über 2 v.H. im letzten Quartal und mit einem vorläufigen Höhepunkt von 3,5 v.H. im Mai 2001. Benzinpreisanstieg, BSE und Maul- und Klauenseuche sind sicherlich Sonderfaktoren, die zu diesem Preisanstieg geführt haben. Gleichwohl bleibt zu konstatieren, dass sich der Inflationsprozess seit Juli 1999 deutlich beschleunigte.

Im Gegensatz zur Prognose des BIP wurden hier kaum nennenswerte Revisionen vorgenommen. Mit einer erwarteten Preissteigerung zwischen 1,3 und 2 v.H. für das laufende Jahr ignorierte man konsequent, dass das Preisniveau seit Jahresbeginn mit einer Rate von über 2,5 v.H. steigt. In der Abbildung ist diese Einschätzung durch die untere waagerechte Linie für 2001 dargestellt (Durchschnitt der Institute). Erst im Sommer diesen Jah-

Abb. 1: Inflationsrate und Prognosen bis 2002



res wurde dieser Entwicklung die angemessene Beachtung geschenkt, indem die Prognosen deutlich nach oben angehoben wurden. Mittlerweile rechnet man mit einer Preissteigerungsrate zwischen 2,4 v.H. (IfW) und 2,75 v.H. (ifo), mit deutlich abnehmender Tendenz für das folgende Jahr (Durchschnitt etwa 1,5 v.H. Preissteigerung). Diese Prognose wurde wiederum als Durchschnitt als waagerechte Linie (obere Linie) für 2001 in die Abbildung eingezeichnet. Für das kommende Jahr rechnen die Institute im Mittel mit einer Preissteigerungsrate von 1,4 – 1,5 v.H., was durch den waagerechten Strich für 2002 angedeutet wird.

Betrachtet man die Inflationsprognosen für das laufende Jahr als realistisch, dann darf sich im verbleibenden Halbjahr der Preisanstieg auf höchstens 2 v.H. belaufen – eine optimistische Annahme, nachdem die Preise im Juni noch um 3,1 v.H. anzogen.

Produktivität und Beschäftigung

Obwohl die Gründe für die Revisionen der BIP-Prognosen von der Nachfrage Seite herrühren, müssen sie, aufgrund der Identität, auch in der Entstehungsrechnung ihren entsprechenden Niederschlag finden. Unterstellt man, dass die Arbeitsstunden wie vom DIW im Juni 2001 angenommen im laufenden Jahr um 0,4 v.H. sinken werden – hierbei entfallen -0,3 v.H. auf die Veränderung der Arbeitstage und -0,1 v.H. auf die Arbeitszeit – dann ist die Gleichheit von Entstehungs- und Verwendungsseite nur dann noch gewährleistet, wenn entweder die Beschäftigung oder die Stundenproduk-

tivität oder beide Größen entsprechend reagieren.

In der Tabelle 3 wurde in Ermangelung von Informationen davon ausgegangen, dass alle Institute von einer Verringerung der Arbeitsstunden von -0,4 v.H. ausgehen. Diese Annahme wird sicherlich nicht allen aufgeführten Instituten gerecht, aber der Verfasser hofft damit keine allzu großen Verzerrungen zu riskieren. Die kursiven Zahlen in Klammern geben die Prognosen an, die zu Jahresbeginn bzw. im Frühjahr von den Instituten publiziert wurden.

Prognosen überzeugen nicht von der Entstehungsseite

Aus der Tabelle 3 ist erkennbar, dass alle Forschungsinstitute auch für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Beschäftigung rechnen. Im Vergleich zum Jahresbeginn wird nun aber mit einem spürbar geringeren Anstieg gerechnet (im Durchschnitt wurde die Zuwachsrates halbiert). Ebenfalls, wenn auch nicht in der Tabelle ausgewiesen, gehen alle Forschungsinstitute von einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit aus, auch wenn sich der Abbau im Laufe des Jahres verlangsamt hat.

An dem Zahlenwerk in der Tabelle 3 verwundert zunächst, dass es trotz einer prognostizierten Veränderungsrate für das reale BIP, die deutlich unter dem Wachstum des Potenzialoutputs von etwa 2 v.H. liegt, noch zu einem Beschäftigungsaufbau kommt. Üblicherweise wird davon ausgegangen, dass erst dann positive Beschäftigungseffekte zu erwarten sind, wenn die Veränderungsrate des BIP

gegenüber dem Vorjahr deutlich über dem Potenzialwachstum liegt. Schätzungen des ZEW über die Beschäftigungsschwellen liegen für Westdeutschland für den Zeitraum von 1976 – 1997 bei etwa 1,6 v.H., wenn eine statische Gleichung geschätzt wird.

Um jedoch das eigentliche Argument herauszuarbeiten, akzeptieren wir die Beschäftigungsprognosen. Folglich steigt das Arbeitsvolumen im laufenden Jahr um 0,1 v.H., folgt man den Prognosen des DIW. Damit nun beide Seiten der VGR-Rechnung, Entstehungs- und Verwendungsseite, übereinstimmen, kann die Stundenproduktivität nur noch um 0,9 v.H. im laufenden Jahr steigen. Derart geringe Produktivitätszuwächse waren aber überwiegend bisher nur in Zeiten einer Rezession zu beobachten. Die Gefahr einer Rezession wiederum ist nicht gerechtfertigt, da die Forschungsinstitute für die zweite Jahreshälfte wieder von einer Belebung ausgehen, die dann zu einem BIP-Zuwachs im kommenden Jahr führen, der bei etwa 2,2 v.H. liegen wird. Gegen eine drohende Rezession sprechen auch die Zahlen über die Entwicklung der offenen Stellen und die Kurzarbeit. Keiner dieser genannten Frühindikatoren deutet auf eine massive Verschlechterung der konjunkturellen Entwicklung hin.

Fassen wir zusammen: Bei praktisch unverändertem Arbeitsvolumen gegenüber dem Vorjahr steigt das Bruttoinlandsprodukt noch um 1 v.H. Dieser Zuwachs wird bewerkstelligt mit einem Anstieg der Produktivität, der bislang nur in Zeiten einer Rezession erreicht wurde. Somit kann die Prognose des Bruttoinlandsprodukts von der Entstehungsseite nur wenig überzeugen.

Bundesbank als Vorbild

Vielleicht ist es hilfreich, wenn man sich kurz an den Zeitraum erinnert, in dem die Deutsche Bundesbank eine Geldmengenpolitik betrieben hat (1975 – 1999). Nachdem sie in den ersten Jahren ein Punktziel für das zu steuernde Geldmengenaggregate (zuerst die saisonbereinigte Zentralbankgeldmenge und danach die Geldmenge M3) vorgab und deutlich die Zielvorgabe verfehlte, ging sie im Anschluss hieran zu einem jährlichen Verlaufsziel über und veröffentlichte einen Korridor, in dem sich die Geldmenge entwickeln sollte. Beispielsweise legte die Bundesbank den Korridor

für 1991 zwischen 4 und 6 v.H. und für 1987 zwischen 3 und 6 v.H. fest. Obwohl die Bundesbank zu einem nicht unerheblichen Teil das Geldangebot kontrollierte, machte sie mit dem Korridor der Öffentlichkeit die Unsicherheit klar, die mit der Entscheidung über das Geldmengenwachstum verbunden war.

Mit einer Prognose des BIP verhält es sich aber etwas anders. Ein Prognostiker, der in einer konjunkturellen Abschwungphase eine BIP-Prognose abgibt, die zwischen 1,5 v.H. und –2 v.H. liegen wird, erntet im günstigsten Fall Gelächter. Die Nutzer der Prognose erwarten einfach ei-

zugunsten des Dienstleistungssektors, der mittlerweile über 50 v.H. zur Bruttowertschöpfung in den meisten Industrieländern beiträgt. Hier zeigt sich ein großes Dilemma für jeden Prognostiker. Die amtliche Statistik hat sehr viele detaillierte Statistiken über das produzierende Gewerbe, aber nur unzureichend aussagefähige Statistiken über den Dienstleistungssektor. Dienstleister aber tragen, im Gegensatz zur Industrie, positiv zur Beschäftigungsentwicklung bei und sind, wie erwähnt, der größte Posten in der Wertschöpfung. Bei einer derart schiefen Datenlage verwundert es aber

Tabelle 3: Entstehungsrechnung des realen BIP; Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in v.H.; Berechnung für 2001

	DIW Berlin	Ifo München	IfW Kiel	IWH Halle	HWWA
Arbeitsstunden	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Erwerbstätige	+0,5 (+1,0)	+0,4 (+0,8)	+0,4 (+1,0)	+0,7 (+0,7)	+0,5 (+1,1)
Arbeitsvolumen (Zeile 3=1+2)	+0,1	0,0	0,0	+0,3	+0,1
Stundenproduktivität (Zeile 4=5-3)	+0,9	+1,2	+1,3	+1,4	+1,6
Reales BIP	+1.0 (+2,5)	+1.2 (+2,8)	+1.3 (+2,4)	+1.7 (+2,7)	+1,7 (+2,7)

ne höhere Präzision, damit sie die Prognose auch für ihre Belange verwerten können. Aber sollte man deshalb Punktprognosen veröffentlichen? Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig nein! Noch vor wenigen Jahren wurden Prognosen überwiegend in Intervallen von 0,5 Prozentpunkten veröffentlicht. Diese Praxis wurde so interpretiert, dass z. B. ein Prognosewert von 2 v.H. bedeutet, dass die Zuwachsrate sehr wohl zwischen 1,75 v.H. und 2,25 v.H. liegen kann, ohne dass deshalb eine falsche Prognose abgegeben wurde. Diese Praxis wurde gepflegt, obwohl (oder gerade deshalb?) viele Institute und Banken über bis dahin noch funktionsfähige ökonomische Modelle verfügten.

Datenrevisionen, Datenbrüche und mangelnde Informationen

Mit der Wiedervereinigung, der Einführung des Europäischen Zentralbanksystems, der raschen Globalisierung der Märkte mit ihren internationalen Abhängigkeiten und der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist diese Datengrundlage für eine quantitative Auswertung zur Zeit nur bedingt verwendbar. Hinzu kommt die erhebliche Strukturverschiebung in der Wirtschaft

nicht allzu sehr, dass die Prognosen über die Beschäftigung und die Wertschöpfung tendenziell schlechter werden oder anders formuliert: mit erheblich mehr Unsicherheit versehen sind als in den sechziger Jahren. Hinzu kommt, dass insbesondere Unternehmen der sogenannten „new economy“ in den letzten Jahren kräftig expandierten und somit wesentlich zum Beschäftigungs- und BIP-Wachstum beitrugen. Aber die Datenlage über die new economy ist denkbar schlecht. Und wenn es zu Absatzeinbußen, Pleiten und Entlassungen kommen sollte, dann sind die gesamtwirtschaftlichen Effekte nur sehr schwer abzuschätzen.

Zu viele Datenbrüche machen eine sinnvolle Anwendung ökonomischer Modelle für gesamtwirtschaftliche Zwecke zur Zeit nur sehr begrenzt möglich. Damit entfällt aber auch die „Objektivierung“ der Prognose, d.h. die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse. Anstelle der Modelle tritt nun wieder, wie schon in den fünfziger und sechziger Jahren, verstärkt der sonstige ökonomische Sachverstand, die Erfahrung und das, was man „Intuition“ oder „Gefühl“ nennt. Dies muss – und es sei hier ausdrücklich erwähnt – nicht per se zu einer Verschlechterung der Prognosequalität führen; auch das Gegenteil kann der Fall sein!

Nun wird niemand von einem Prognostiker verlangen, dass er eine punktgenaue Vorhersage macht. So wenig jemand exakt sagen kann, welche Fahrtzeit er mit dem PKW von Mannheim nach Berlin benötigt (etwa 6 Stunden, mit viel Glück 5, meistens jedoch 7), so wenig kann man das BIP exakt vorhersagen. Allerdings tragen die Anbieter von Prognosen zu einem guten Teil mit dazu bei, dass von ihnen eine Präzision erwartet wird, die für gesamtwirtschaftliche Daten, allein schon wegen häufiger Revisionen, nie oder nur selten gegeben ist. Mit Zahlen bis zu einer Kommastelle genau wird eine Präzision suggeriert, die es weder in Zeiten ökonomischer Modelle noch in den jetzt „schlechteren“ Zeiten gegeben hat. Praktisch bedeutet dies, dass Prognosen von 2,1 oder 2,3 v.H. mehr oder weniger identisch sind, weil sie den gleichen Unsicherheitsbereich umspannen. Für eine gesamtwirtschaftliche Prognose sollte man deshalb bestenfalls die Ziffer vor dem Komma interpretieren. Die Zahlen hinter dem Komma ergeben nicht viel Sinn und dienen lediglich dazu, eine Tendenz anzuzeigen.

Unsicherheit von BIP-Prognosen

Die Pressekonferenz, auf der das ifo-Institut seine letzte revidierte Prognose des BIP von 1,2 v.H. vorstellte, fand große Resonanz in der Öffentlichkeit. Spektakulärer fielen dann die Reaktionen auf die DIW-Prognose des BIP von 1,0 v.H. aus. Aber liegt wirklich ein ernst zu nehmender Unterschied zwischen beiden Prognosewerten? Ein Beispiel soll die mit einer quantitativen Prognose verbundene Unsicherheit verdeutlichen. Um alle oben erwähnten Datenprobleme zu vermeiden, gehen wir etwas zurück in die jüngste Vergangenheit. Nehmen wir die jährliche Zuwachsrate des realen BIP (y) für Westdeutschland für die Zeit von 1970.I bis 1996.IV, dann liefert ein autoregressiver Prozess vierter Ordnung (AR(4)) folgende Schätzergebnisse:

$$y_t = 0.77 + 0.74y_{t-1} + 0.24y_{t-3} - 0.32y_{t-4}$$

(3.36) (9.71) (2.37) (3.46)

$R^2(\text{adj.}) = 0.59$; $N = 104$; $Q(20) = 13.26$

In den Klammern sind die empirischen t -Werte angegeben. Werte größer als zwei besagen, dass der Koeffizient statistisch signifikant von Null verschieden ist, wenn auf dem 5 v.H.-Niveau getestet

Tabelle 4: Tatsächliche und prognostizierte Werte der BIP-Zuwachsraten 1997.I – 1998.IV

Zeit	tatsächlicher Wert	prognostizierter Wert	untere Grenze	obere Grenze
1997.I	0.83	1.60	0.12	3.08
1997.II	3.12	2.18	0.34	4.02
1997.III	2.45	2.18	0.16	4.20
1997.IV	2.55	2.51	0.27	4.75
1998.I	4.32	2.65	0.35	4.95
1998.II	1.72	2.57	0.26	4.88
1998.III	2.94	2.59	0.28	4.90
1998.IV	2.43	2.53	0.20	4.84

wird. R^2 (adj.) ist das um die Freiheitsgrade bereinigte Bestimmtheitsmaß und $Q(20)$ ist die Ljung-Box-Statistik, die Auskunft über eine mögliche Autokorrelation in den Residuen gibt. N ist die Anzahl der Beobachtungen. Nach statistischen Kriterien kann die Schätzung als zufriedenstellend bezeichnet werden. Alle Koeffizienten sind deutlich von Null verschieden, und der Prozess weist ein stabiles Verhalten auf. Das Modell erklärt etwa 60 v.H. der Varianz in den Zuwachsraten des BIP, und die Residuen der Regression sind frei von Autokorrelation. Nutzt man diese Schätzung zur Prognose des BIP für den Zeitraum von 1997.I bis 1998.IV, erhält man die Werte in Tabelle 4.

Vergleicht man zunächst die Änderungsrichtungen zwischen tatsächlichen und prognostizierten Werten, dann sind keine Vorzeichenfehler festzustellen. Beschleunigungen bzw. Verlangsamungen in der Entwicklung des BIP wurden korrekt prognostiziert. Hinsichtlich der numerischen Werte fällt insbesondere auf, dass die kräftige Zunahme im ersten Quartal 1998 (4.3 v.H.) deutlich unterschätzt wurde. Ebenfalls fällt die Abnahme im folgenden Quartal seitens der Prognose wesentlich moderater aus als sie tatsächlich stattfand. Insgesamt gesehen aber handelt es sich um vertretbare Prognosen. Da es sich bei den Prognosen um Punktschätzungen handelt, sollte man zusätzlich ein Konfidenzband betrachten, das der Schätzungenauigkeit Rechnung trägt. In den beiden letzten Spalten ist jeweils die Prognose abzüglich / zuzüglich einer Standardabweichung angegeben. Üblicherweise nimmt man die zweifache Standardabweichung, aber in diesem Falle ist schon bei der einfachen Standardabweichung deutlich erkennbar, mit welcher Unsicherheit die Prognosen behaftet sind. Im Großen und Ganzen bewegen sich die Werte in einem Intervall zwischen 0.2 und

4.5. Da es sich um eine dynamische Prognose handelt, werden mit zunehmenden Prognosehorizont auch die Bänder immer breiter. Aber selbst bei der Prognose für 1997.I liegt das Konfidenzintervall zwischen 0.1 und 3.1. Inhaltlich besagt dieses Band, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 67 v.H. die Zuwachsrate des BIP im ersten Quartal 1997 zwischen 0.1 und 3.1 v.H. liegen wird.

Fazit

Prognosen sollten die Unsicherheit über die kurzfristige zukünftige Entwicklung verringern helfen, um so Entscheidungen auf ein sicheres Fundament stellen zu können. Mit den vielen Revisionen im Laufe dieses Jahres jedoch wurde die Unsicherheit eher erhöht als reduziert. Sind die Anbieter von Prognosen der Meinung, dass die wirtschaftliche Lage zu unsicher für eine Prognose ist, dann sollte man im eigenen Interesse auf eine quantitative Angabe verzichten. Diese Situationen gab es z.B. bei der Wiedervereinigung. Ist man der Meinung, trotz beträchtlicher Unsicherheit eine Prognose zu publizieren, dann könnte es sich als sinnvoll erweisen, für die wichtigsten Komponenten der VGR alternative Szenarien zu unterstellen, um so ein Spektrum von möglichen Entwicklungen zu liefern, aus denen sich der Konsument für die aus seiner Sicht überzeugendste Prognose entscheidet. Für die Zukunft der Prognostiker wäre dadurch ein erheblicher Reputationsgewinn erreicht. Denn: die Situation zwischen Oktober 2000 und Juni 2001 bewirkte einen beträchtlichen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit. Dieser Vertrauensverlust ist unnötig, denn so schlecht wie manchmal die Prognosen ausfallen, ist die empirische Wirtschaftsforschung beileibe nicht. ◀

Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de

Reformvorschläge der Sozialhilfe

Durch verschiedene Äußerungen von Politikern gerieten die Sozialhilfeempfänger in letzter Zeit in das Rampenlicht der Öffentlichkeit. Im folgenden werden kurz einige Fakten genannt und drei ausgewählte Reformvorschläge zur Sozialhilfe näher betrachtet.

■ Im Jahr 2000 bezogen nach Informationen des Statistischen Bundesamtes 2,67 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Gegenüber dem Vorjahr fiel die Anzahl der Bezieher um 5,6 v.H. niedriger aus. Netto beliefen sich die Sozialhilfeausgaben auf 40,8 Mrd. DM, was gegenüber dem Jahr 1999 einen Anstieg von 2,2 v.H. bedeutet. Auf jeden Einwohner entfielen somit durchschnittlich 497 DM jährlich zur Finanzierung der Ausgaben.

Schätzung des Arbeitskräftepotenzials

Trotz einer rückläufigen Anzahl von Sozialhilfeempfängern seit 1998 wird derzeit intensiv über Reformen der Sozialhilfe für die Teilgruppe der erwerbsfähigen Bezieher von Sozialhilfe diskutiert. Die Abgrenzung der Erwerbsfähigkeit ist sowohl im Einzelfall als auch in der Statistik mit Problemen behaftet. Beispielsweise ist zu entscheiden, ob eine allein-erziehende Mutter mit einem Kleinkind als erwerbsfähig einzustufen ist oder nicht. Es ist offensichtlich, dass nicht alle Empfänger von Sozialhilfe in der Lage sind, eine Beschäftigung aufzunehmen, da sie entweder Rente beziehen, es sich um Minderjährige handelt, Menschen krank oder arbeitsunfähig sind etc. Folglich muss aus der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger, genauer: der Personen, die Hilfen zum laufenden Unterhalt beziehen, zunächst deren Bruttoarbeitskräftepotenzial ermittelt werden. Hierzu besteht kein einheitliches Konzept, so dass sich je nach Abgrenzung andere Potenziale ergeben können. Hier beschränken wir uns auf das Konzept, das vom Statistischen Bundesamt verwendet wird. Berechnungen des Amtes für 2000 beziffern diese Größe auf 990.000 Personen. Hiervon sind die Erwerbstätigen (140.000) und die Nichterwerbstätigen wegen Aus- und Fortbildung (51.000) abzuziehen, so dass man das so genannte Nettoarbeitskräftepotenzial erhält, das

Schätzung des Arbeitskräftepotenzials der Sozialhilfeempfänger zum Jahresende (18 – 59jährige Sozialhilfeempfänger)

	1994	1996	1998	2000
Empfänger von Sozialhilfe i.e.S.	2308000	2724000	2879000	2668000
Personen im Alter von 18-59 Jahre	1134354	1428104	1527000	1378000
- Nichterw.tätige wg. häusl. Bindung	169253	240886	273000	267000
- Nichterw.tätige wg. Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit	75362	97648	112000	121000
= Bruttoarbeitskräftepotential	889739	1089570	1142000	990000
- Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit)	86968	117652	144000	140000
- Nichterw.tätige wg. Aus-/Fortbildung	20605	36876	48000	51000
= Nettoarbeitskräftepotential	782166	935042	950000	799000
davon: Arbeitslose	310463	560998	679000	606000
Nichterw.tätige aus sonst. Gründen	465972	368912	270000	193000

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

auf 799.000 Personen für 2000 geschätzt wird (vgl. Tabelle). Von diesen rund 800.000 Personen waren im letzten Jahr 606.000 Personen arbeitslos und 193.000 Personen aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig. Von den 799.000 Personen waren im Jahr 2000 knapp 540.000 gleichzeitig bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet. Wenn Politiker über die Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern reden, dann ist das Nettoarbeitskräftepotenzial die relevante Größe und selbstredend nicht die Gesamtzahl aller Sozialhilfeempfänger. Der Anteil des Bruttoarbeitskräftepotenzials an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger ist von 38,6 v.H. im Jahre 1994 über 40,2 v.H. im Jahre 1997 auf 37,1 v.H. im Jahre 2000 gesunken. Ähnlich hat sich auch der Anteil des Nettoarbeitskräftepotenzials von 33,9 v.H. im Jahre 1994 auf 29,9 v.H. im Jahre 2000 vermindert.

Der Deutsche Städtetag jedoch legt eine andere Rechnung vor: Zwar geht auch der Städtetag von einem Arbeitskräftepotenzial in der Größenordnung von 800.000 Personen für 2000 aus, sagt aber, dass von diesen 800.000 Personen etwa die Hälfte eine Beschäftigung habe, von den verbleibenden 400.000 Personen grundsätzlich 100.000 Personen nicht arbeitswillig wären und somit nur

noch 300.000 Personen zur Vermittlung anstünden. Die Angaben des Deutschen Städtetages beruhen auf einer Befragung von 209 Städten (ohne Gemeinden), die dann entsprechend auf Bundesebene hochgerechnet wurden. Allerdings weist der Deutsche Städtetag keine Informationen über die Dauer der 400.000 Beschäftigten aus. Folglich ist unklar, ob es sich um längerfristige Tätigkeiten handelt oder um kurzfristige Arbeiten innerhalb eines Jahres.

Typische Elemente von Reformvorschlägen

Um das Potenzial von 800.000 Personen aus der Sozialhilfe in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen, sind zur Zeit verschiedene Vorschläge in der Diskussion, die sich im wesentlichen durch drei Elemente unterscheiden: das erste Element stellt auf eine konsequentere Durchsetzung der Annahmeverpflichtung von zumutbaren Tätigkeiten ab, das zweite Element auf Veränderungen der sogenannten Transferentzugsraten und schließlich der dritte Vorschlag auf eine Verbesserung der Betreuung der Empfänger von Sozialhilfe.

Auf der Grundlage der Paragraphen §§1 und 25 BSHG geht der erste Reform-

vorschlag von einer im Vergleich zur Vergangenheit rigoroseren Anwendung der Verpflichtung zur Annahme einer zumutbaren Beschäftigung aus. Hinter diesem Konzept steht u.a. die Vorstellung, dass Sozialhilfeempfänger einen Teil der Kosten, die sie verursachen, durch entsprechende Gegenleistungen zu tragen haben, die Möglichkeit zur Schwarzarbeit einzudämmen ist und regulär beschäftigte Personen nicht zu demotivieren sind, ihre Tätigkeit zugunsten von Sozialhilfe aufzugeben. Folgt man dieser Logik, dann ist „Beschäftigung an sich“ das Ziel; die Art und Dauer der Beschäftigung ist hierbei von untergeordneter Bedeutung.

Der Erfolg dieser Strategie hängt aber entscheidend davon ab, ob ein Betroffener gegen die ihm zugewiesene Beschäftigung klagt oder nicht. Legt der Betroffene Rechtsmittel gegen eine Kürzung der Sozialhilfe im Falle einer Weigerung der Arbeitsaufnahme ein, dann kann aufgrund der aufschiebenden Wirkung die Kürzung der Sozialhilfe unter Umständen erst viel später durchgesetzt werden. Will man derartige „Gegenmaßnahmen“ vermeiden, dann muss der Gesetzgeber in geeigneter Weise das BSHG ändern, so dass die Maßnahmen des Sozialamtes unmittelbar greifen können. Ein weiterer Nachteil dieses Konzepts besteht darin, dass unter Umständen versehentlich Personen von den Maßnahmen betroffen werden, die nicht zum Nettoarbeitskräftepotenzial zu zählen sind. Schließlich verlangt ein Erfolg dieses Vorschlags auch, dass ausreichend Arbeitsplätze für die 800.000 Personen entweder zur Verfügung stehen und geschaffen werden können, ohne bestehende Beschäftigungsverhältnisse zu gefährden.

Die zweite Komponente stellt auf die Transferenzugsrate ab. Die Transferenzugsrate gibt an, welcher Teil eines zusätzlichen Einkommens auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Ein Sozialhilfeempfänger darf zur Zeit monatlich 25 v.H. des Regelsatzes (z. B. bei einem alleinstehenden Sozialhilfeempfänger ist der Regelsatz 560,— DM / Monat im Jahr 2000, der Freibetrag beträgt also 140,— DM) verdienen, ohne dass dieser Betrag auf seine Sozialhilfe angerechnet wird. Verdient eine Person z. B. 240,— DM im Monat, dann werden von den 100,— DM über dem Freibetrag 85,— DM als Transferenzug auf die Sozialhilfe angerechnet, so dass er netto 155,— DM mehr als die Sozialhilfe hätte.

Grundsätzlich kann man sich nun verschiedene Varianten vorstellen, den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen. Zum einen könnte man bei gleichbleibendem Niveau der Sozialhilfe die Transferenzugsrate senken, so dass den betroffenen Personen ein höherer Betrag von dem zusätzlich erwirtschafteten Einkommen verbleibt als es gegenwärtig der Fall ist. In diesem Sinne wird Arbeit also „lohnender“ für den Empfänger und folglich sollte die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme steigen. Eine restriktivere Alternative bestünde darin, bei gleicher Transferenzugsrate den Betrag der Sozialhilfe abzusenken, z. B. um 10 oder 25 v.H. Da bei Nicht-Arbeit dem Sozialhilfeempfänger nun ein geringerer Betrag zum Lebensunterhalt zur Verfügung steht, sollte der Anreiz zur Arbeitsaufnahme ebenfalls steigen. Beide Varianten wurden in einer ZEW-Studie, die jedoch eine etwas andere Fragestellung verfolgte, untersucht. Für beide Optionen konnten nur geringe Beschäftigungseffekte ermittelt werden.

Eine andere Variante, die ebenfalls in der Diskussion ist, schlägt eine gleichzeitige Senkung der Sozialhilfe und der Transferenzugsrate vor. Ohne Arbeit steht einem Sozialhilfeempfänger nun ein geringerer Betrag zur Verfügung. Nimmt er eine Arbeit auf, dann verbleibt ihm ein höherer Betrag von dem erwirtschafteten Einkommen als in der heutigen Situation. Da beide Effekte gegenläufig sind, muss sich ein Sozialhilfeempfänger gemessen an seinem Nettoeinkommen nicht notwendigerweise verschlechtern, wenn er eine Tätigkeit aufnimmt. Die Kombination von Sozialhilfe und Transferenzugsrate kann so kombiniert werden, dass eine solche Maßnahme für die Kommune aufkommensneutral ist oder dass sie insgesamt Ausgaben spart. Welche Kombination letztlich gewählt wird, hängt einerseits von der Bereitschaft des Sozialhilfeempfängers ab, Arbeit aufzunehmen, und andererseits von dem, was politisch gewünscht und / oder machbar ist. Für diese Politikoption liegen derzeit keine Abschätzungen bezüglich der Beschäftigungseffekte und der fiskalischen Kosten vor, da sie einen radikalen Einschnitt in das bestehende System bedeuten würde und die Reaktionen der Betroffenen auf ein wesentlich verändertes Umfeld nicht bekannt sind.

Das dritte Element schließlich zielt auf eine Verbesserung der Betreuung der

Sozialhilfeempfänger ab. Hierunter kann man sich alle Maßnahmen vorstellen, die den Informationsstand eines Sozialhilfeempfängers hinsichtlich möglicher Beschäftigungsverhältnisse erhöhen, Übungen in Vorstellungsgesprächen, Begleitung zu potenziellen Arbeitgebern etc. Mit der besseren Informationsgrundlage kann eine größere Bereitschaft zur Arbeitssuche und -aufnahme bei den Betroffenen verbunden sein, da sich hierdurch unter Umständen die Anzahl potenzieller Beschäftigungsverhältnisse erhöht. Allerdings kann nicht a priori quantifiziert werden, wie viele Personen letztendlich erfolgreich vermittelt werden können. Zusätzlich erfordert dieser Vorschlag kurz- bis mittelfristig einen höheren Personalbedarf bei den Sozialämtern, so dass davon auszugehen ist, dass die durch die Vermittlung eingesparten Sozialhilfebeiträge durch die Kosten der zusätzlich Beschäftigten bei den Sozialämtern überkompensiert werden und folglich eher mit einer höheren als einer niedrigeren Belastung der Kommunen zu rechnen ist.

Verstärkte Kooperationen

Da der überwiegende Teil des Nettoarbeitskräftepotenzials als arbeitslos gemeldet ist, bietet sich eine enge Zusammenarbeit mit den Arbeits- und Sozialämtern an. In einigen Städten und Gemeinden wird bereits über Kooperationsverträge oder informell diese Zusammenarbeit gesucht und gepflegt. Positiv sind auch die Bemühungen vieler Sozialämter zu sehen, verstärkt auf eine Arbeitsaufnahme zu bestehen, wenn der Antragsteller erwerbsfähig ist. Da diese Maßnahmen alle noch recht jung sind, können zur Zeit noch keine verlässlichen Schlussfolgerungen gezogen werden. Gleichwohl sollten die Kommunen ihre jeweiligen Konzepte weiterführen, so dass in nach einigen Jahren wissenschaftliche Analysen über die Wirkungsmechanismen und Erfolgchancen der einzelnen Konzepte durchgeführt werden können. Hierzu sollten die anfallenden Daten sorgfältig gesammelt werden, so dass sie später wissenschaftlich ausgewertet werden können. Mit Hilfe dieser Ergebnisse kann dann darüber entschieden werden, in welcher Weise das Sozialsystem reformiert werden soll. ◀

Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de
Daniel Radowski, radowski@zew.de

Wirtschaftsentwicklung in Europa

Großbritannien: Exportflaute

Die Konjunkturschwäche greift vom verarbeitenden Gewerbe allmählich auf die anderen Bereiche der Wirtschaft über. Trotz Steuererleichterungen dürften sich die Verbraucher zunehmend vorsichtiger verhalten und mehr sparen. Erst positive Impulse von der internationalen Konjunktur werden die Aussichten verbessern.

■ Das BIP ist im 1. Quartal 2001 um 2,7 v.H. und im 2. Quartal um 2,1 v.H. gestiegen. Damit expandiert die Wirtschaft deutlich langsamer als im Vorjahr (3 v.H.). Neben dem Abwärtssog der weltweiten konjunkturellen Abkühlung spielt für England v.a. der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Frühjahr eine Rolle. Das Forschungsinstitut Cambridge Econometrics schätzt, dass die negativen Auswirkungen in 2001 0,2 bis 0,3 v.H. des BIP ausmachen. Dazu tragen nicht nur direkten Schäden in der Landwirtschaft, sondern auch Folgeprobleme im Tourismus bei. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres zeigte sich die Konjunktur gespalten. Während das verarbeitende Gewerbe in eine Rezession abglitt, wurden der Einzelhandel und andere Dienstleistungsbereiche durch einen robusten Konsum gestützt. Dieser dürfte trotz einer expansiven Fiskalpolitik zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden.

Auf etwa 1 v.H. wird sich der Wachstumsbeitrag der Staatsausgaben jeweils in 2000 und 2001 belaufen. Die Regierung hat erhebliche Ausgabensteigerungen im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen im Haushalt eingeplant. Weiterhin kommen den privaten Haushalten und den Unternehmen Steuererleichterungen zugute. Der Überschuss im Staatshaushalt wird infolgedessen von 2 v.H. des BIP im Jahr 2000 (ohne UMTS-Einnahmen) auf 1,7 v.H. im laufenden und 0,7 v.H. im nächsten Jahr zurückgehen.

Die Regierung hat für die neue Legislaturperiode weitere Reformen der Güter-,

Arbeits- und Kapitalmärkte angekündigt. Mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen will sie den Unternehmergeist, Unternehmensgründungen und Innovationen fördern. Ziel ist insbesondere ein höheres Produktivitätswachstum.

Die ungünstigen Signale, die von der Weltwirtschaft ausgehen, scheinen den privaten Verbrauch bislang wenig zu stören. Aber die Lage dürfte nicht so günstig bleiben. Während der öffentliche Dienst Arbeitskräfte einstellt, ist im verarbeitenden Gewerbe Umfragen zufolge mit einem verstärkten Stellenabbau zu rechnen. Selbst im Dienstleistungssektor zeigen sich Spuren einer Verlangsamung. Das Forschungsinstitut NIESR prognostiziert bis Mitte nächsten Jahres 100.000 Arbeitslose mehr als zurzeit. Dies wird den Anstieg des privaten Verbrauchs vermutlich bremsen.

Die Haushalte dürften allmählich auf die ungünstigere Entwicklung ihrer Vermögenswerte reagieren. Niedrigere Aktienkurse und höhere Volatilität an den Finanzmärkten sowie ein voraussichtliches Abklingen des Booms bei den Immobilienpreisen bewirken ein vorsichtigeres Sparverhalten. Daher dürfte der Konsum im kommenden Jahr trotz eines schnelleren Anstiegs des verfügbaren Einkommens an Dynamik verlieren.

Nach einem Investitionsboom zwischen 1997 und 1999 legten die Bruttoanlageinvestitionen schon 2000 ein deutlich verlangsamtes Expansionstempo an den Tag. Dieses wird nur dank kräftiger Zuwächse der öffentlichen Investi-

tionen auch im laufenden Jahr gehalten. Das verarbeitende Gewerbe leidet unter dem ungünstigeren außenwirtschaftlichen Umfeld. Hinzu kommt die abflauende Nachfrage im zuvor boomenden Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Die Gewinnmargen der Industrieunternehmen fielen im ersten Quartal auf ihr niedrigstes Niveau der letzten 9 Jahre.

Im Jahr 2000 konnten die britischen Exporteure 12 v.H. mehr Waren ins Ausland exportieren als 1999. Aber schon im zweiten Halbjahr 2000 gaben die Zuwachsraten nach. Umfragen zufolge haben sich die Erwartungen der Industriefirmen bezüglich der zukünftigen Exportentwicklung seit Jahresbeginn rapide verschlechtert. Das Pfund Sterling gilt nach wie vor als überbewertet. Der Anstieg des effektiven Wechselkurses um 3,6 v.H. in 2000 wird auch im laufenden Jahr noch nachwirken und dafür sorgen, dass die Exporte langsamer zunehmen als der Welthandel. Der Aufwertungsstrend der britischen Währung scheint jedoch gestoppt und die meisten Finanzexperten erwarten eine allmähliche Abwertung.

Da wegen der relativ robusten Inlandsnachfrage die Importe schneller zunehmen als die Exporte, verschlechtert sich die Handelsbilanz. Dennoch wird das Leistungsbilanzdefizit für das Jahr 2001 aufgrund von temporären Einflussfaktoren, z.B. einem geringeren Beitrag an die EU, weit geringer ausfallen als im Vorjahr. ◀

Barbara Knoth, knoth@zew.de